

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einjähr. 2,00 RM.

Halbmonatlich 1,00 RM. Postbezugspreis monatlich 2,00 RM. einjähr. 24 RM. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Anzeigenpreise: Für die Woche 1,00 RM.

Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 10spaltige mm-Zeile im An-

zeigenblatt 14 Pf., die 20 mm breite mm-Zeile im Zeitungsblatt 1,10 RM.

Nachdruck nach Maßgabe 1 oder 2 Pf. pro Zeile. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Victoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366

Nr. 207 / 43. Jahrgang * Mit der Beilage „Kraftverkehr im neuen Deutschland“ Donnerstag, 5. September 1935

Verzicht auf die abessinische Konzession

Eingreifen der amerikanischen Regierung — Litauischer Sabotageversuch gegen die memeldeutsche Einheitsfront — Sturmkatastrophe in Florida

Das Petroleum-Geheimnis enthüllt

Der amerikanische Petroleumtrust doch beteiligt

Sonderfabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 4. September. (Durch United Press)

Während die Weltöffentlichkeit durch die Mitteilung der abessinischen Gesandtschaft in London über einen zweiten, dem amerikanischen Minister des Äußeren als Gegenseite für eine Anleihe in Aussicht gestellten Konzessionsvertrag erneut in beträchtliche Aufregung versetzt wurde, ist es der amerikanischen Bundesregierung gelungen, den Schlichter des Geheimnisses zu lüften, der den Riesenvertrag seit seiner wie ein Blitz aus dem Himmel in allen Hauptstädten der Welt einschlagenden Unterzeichnung umgab. Staatssekretär Hull verkündete, daß die Vacuum Oil Company und damit entgegen allen Tendentien naturgemäß auch der große amerikanische Petroleumtrust, die Standard Oil Company of New Jersey, an dem abessinischen Konzessionsvertrag beteiligt sei.

Staatssekretär Hull gab weiterhin bekannt, daß er dem Leiter der Vacuum Oil Company nahegelegt habe, von diesem Vertrag, der eine ungewisse Verwirrung in der an sich schon höchst gespannten Konfliktatmosphäre der internationalen Diplomatie angerichtet hat, zurückzutreten. Nach zwei Konferenzen mit dem Vorsitzenden der Vacuum Oil Co., George Walden, und dem Vizepräsidenten dieser Gesellschaft, Dundas, so sagte Hull weiter, hätten diese Herren nach einer Aussprache mit den Gesellschaftern ihn von dem Beschluß unterrichtet, der abessinischen Regierung mitzuteilen, daß die Gesellschaft sich von dem Konzessionsvertrag zurückziehe.

Über die Stellungnahme der amerikanischen Regierung gab Staatssekretär Hull weiter folgendes bekannt: „Diese Konzession ist die Ursache großer Schwierigkeiten nicht nur für die amerikanische Regierung gewesen, sondern auch für andere Regierungen, die gegenwärtig die internationalen und wichtigsten Anstrengungen machen, den Frieden zu erhalten.“ Hull gab außerdem im Namen Waldens eine zweite Erklärung ab, in der der Vorsitzende der Vacuum Oil Co. die Begründung, die zur Gründung der African Exploitation and Development Corporation führte, angedeutet.

Walden, Vorsitzender der Standard Oil Co., machte

dann die aufsehenerregende Enthüllung, daß der englische Unterhändler Mr. Wickes bereits zu Beginn des Jahres 1933 an die Leiter der Standard-Oil-Gesellschaften herangeht und sich angeboten habe, den Konzessionsvertrag mit der abessinischen Regierung zu vermitteln. Als es völlig sicher schien, daß die Konzession erhalten werde, sei eine besondere Gesellschaft ins Leben gerufen worden, um sie zu erwerben. Walden stellte schließlich in Abrede, daß die zur Gründung der abessinischen Erdöl- und Bodenschätze gegründete Gesellschaft sich verpflichtet habe, sofortige Zahlungen zu leisten oder eine Anleihe an Westbanken zu geben.

Unklare Lage in Genf

Telegramm unfres Korrespondenten

H. Paris, 4. September

Die heutigen Berichte der Pariser Presse aus Genf scheinen die noch recht unklare Lage vor der ersten Sitzung des Völkerbundesrates, die am heutigen Mittwochnachmittag stattfinden, nicht zu verheimlichen.

Die Franzosen sind heute wieder sowohl mit den Engländern wie auch mit den Italienern unzufrieden.

Dem englischen Delegierten Eden wird man vor, daß er aus tatsächlichen Gründen viel aggressiver sei, als es eigentlich die Absicht der englischen Gesamtregierung sei. Aber auch der Plan der englischen Regierung, schon gleich in dem Bericht über die Pariser Dreierkonferenz die englisch-französischen Angelegenheiten an Italien noch einmal feierlich zu wiederholen und damit Wohlwollen in eine peinliche Lage zu bringen, sei ein Fehler. Deshalb habe, so erklärt der „Welt Pariser“, Pascal dem Bericht Edens nicht zustimmen können.

Frankreich könne nicht zulassen, daß die Völkerbundbildung gleich mit einer Art englischer Konzeption beginne.

Dadurch würden nur neue Spannungen geschaffen, die nicht geeignet wären, die Lage zu bessern. Ferner habe England, so berichten „Echo de Paris“ und „Deuxième“, die feine Absicht gehabt, gleich in der ersten Sitzung des Rates die Italiener zur Abgabe einer Erklärung aufzufordern, daß sie keinerlei kriegerische Handlungen gegen Abessinien unternehmen würden, solange die Verhandlungen in Genf noch im Gange seien. Eden habe gewünscht, daß Pascal diese Forderung unterlasse, aber Pascal habe eine formelle Forderung nicht abgeben können. Der Antrag könnte nämlich dazu leicht, so meint Frau Laboulaye im „Deuxième“, die Form eines Tabeis an Italien“ annehmen, zumal die gesamten Völkerbundstaaten einschließlich der Südamerikaner und Polen sowie nicht zuletzt das Völkerbundsekretariat selbst gegen Italien sehr schlecht gestimmt“ seien. Was nun

Italiens Haltung

angeht, so hat Baron Aloisi in seiner ersten Unterredung mit Pascal nach einem Bericht des „Deuxième“ erklärt, daß er das Protokoll für die erste Sitzung nicht annehmen könne. Italien könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß zunächst die Engländer und die Franzosen ihren Bericht über die Dreierkonferenz erstatteten, daß dann die Abessinier ihre Lage vorbrächten und daß erst dann zuletzt die Italiener zu Worte kämen. Er müsse darauf bestehen, daß

Italien die Führung der Debatte in der Hand behalte

oder daß es doch zumindest volle Handlungsfreiheit erhalte. Er könne sich daher an keinerlei Programm binden. Inzwischen hat die kommunistisch-marxistische „Volksfront“ in Paris gestern abend vier große Volksversammlungen zum Protest gegen den kolonialen Hauptkrieg abgehalten. Etwa 2000 Personen konnten dazu auf die Seine gebracht werden. Alle bekannten Redner der Kommunisten und der Sozialdemokraten mit Ausnahme von Léon Blum sowie der Gewerkschaften ließen sich hören. Auch einige Ausländer waren erschienen, darunter der ehemalige englische Unterhändlersekretär Bakell sowie der Nobelpreisträger Norman Angel. Der Höhepunkt des Abends war eine Verbrüderungsgesänge zwischen einem italienischen Antifaschisten und einem abessinischen Regier. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Vormarkmeldung und neues Dementi

London, 4. September. Reuters meldete am Dienstagabend: Nachrichten aus Diredawa scheinen die getriggerte Meldung zu bestätigen, daß eine italienische Vorhut von 2500 Mann die abessinische Grenze von Eritrea aus überschritten habe und die dort wohnhaften Danakiten in die Flucht treibe. In den Dörfern, nicht weit von Diredawa entfernt, treffen fortgesetzt Flüchtlinge ein, und es wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß die Grenzüberbreitung erfolgt sei. Reuters fügt allerdings hinzu, daß dieser Bericht in Rom am Mittwoch dementiert werde.

Programmatische Rede Dr. Lehs

Eindringlicher Appell an Betriebsführer und Arbeiter

Dr. Lehs hat gestern abend in Kaiserlautern vor der Bezirksgruppe Saarland-Platz der Reichsarbeiter-Industrie eine Rede gehalten, die weit über den örtlichen Rahmen der Tagung hinaus Bedeutung hatte. Sie richtete sich an die Betriebsführer der Reichsindustrie, die war zugleich aber auch ein eindringlicher Appell an die Gewerkschaften aller deutschen Betriebe. Dr. Lehs hatte vorher zwei große Versammlungen vorgenommen und dort vor vielen Tausenden von Arbeitern gesprochen. In ihnen hat er etwa das gleiche gesagt wie dann am Abend zu den Betriebsführern. Denn, und das hat er jetzt stark hervor: es wäre eine peinliche Unwahrscheinlichkeit, wenn es heute noch nötig sein sollte — früher war es ja so üblich — den Arbeitern ebenso wie den Betriebsführern Hilfe und Mut zu versprechen, ihnen aber den Weg, der dazu führt, in verschiedener Weise zu begründen.

Der Betrieb ist eine Gemeinschaft. Das ist der große Vorteil der deutschen Sozialpolitik. Und

das heißt nichts anderes, als daß Betriebsführer und Arbeiter untrennbar miteinander verbunden sind. Wo die Einheit dazu noch nicht vorhanden ist, dann muß sie geübt werden. Auch das hat Dr. Lehs überzeugend begründet. Seine Rede war ein starker Appell an unverrückbarer treuer Kameradschaft, in der jeder Teil seine wohl abgemessenen Pflichten hat. Dazu gehört auch, daß man nicht Verantwortung abschiebt, sondern daß man selbst seine Angelegenheiten ordnet.

Das war die Richtlinie der großen Rede Dr. Lehs: alles was ihr, Betriebsführer und Arbeiter, im geschichtlichen und menschlichen oder einzelnen Interessen willen, sondern für die gesamte deutsche Nation. Und so ist das sozialistische und sozialpolitische Programm Deutschlands zugleich das deutsche Programm überhaupt.

Ausführlicher Bericht über die Rede findet sich auf Seite 3

Der Völkerbund als französische Waffe

Dente nachmittags findet die erste Ratstagung in Genf statt. Noch wenige Stunden vor ihrem Beginn ist die Lage völlig unklar. Die vorbereitenden Besprechungen zwischen Pascal und Eden haben angeblich keine Lösung gebracht. Man hat darauf verzichtet, einen gemeinsamen französisch-englischen Bericht über den Verlauf der Pariser Dreierkonferenz vorzulegen, um, wie man sich in Paris ausdrückt, auch den Rücksicht ein gegen Italien gerichteten englisch-französischen Front zu vermeiden. Es wäre allerdings in den letzten Tagen auch kaum jemand auf den Gedanken gekommen, daß eine solche Front bestünde. Denn, wenn auch die Sprache der englischen Presse, vor allem in der Sanctionsfrage, etwas ruhiger und zurückhaltender wurde, so war es doch jedem klar, daß die Gegenüber zwischen Paris und London nicht geringer geworden sind.

Wir sind auf diese Gegenseite an dieser Stelle in den letzten Wochen mehrfach sehr ausführlich eingegangen, können und also heute kurz fassen. England, wie auch Frankreich halten beide formal am Völkerbundgedanken fest. Aber während England zum Schutze seiner Weltreichsinteressen leicht den Augenblick für gekommen hält (oder doch wenigstens eine Zeitlang zu halten schien), die Waisinerie des Völkerbundes gegen Italien in Gang zu setzen, steht Frankreich gerade auf dem entgegen gesetzten Standpunkt. In Paris wird von den der Regierung nachstehenden Kreisen einmal über das andere erklärt: Frankreich hält „selbstverständlich“ am Völkerbundspakt fest. Frankreich hält den Gedanken der Sanktionen aufrecht. Aber warum muß man denn die Frage der Sanktionen besart „überhürzen“, wie es England jetzt will?

In allen französischen Zeitungen wird immer wieder auseinandergesetzt, der Völkerbundspakt sei selbstverständlich ein „Heiligtum“, aber auch die Verletzung von Heiligtümern dürfe nicht übertrieben werden, man müsse sich vor einem „Mehrermaß“ hüten. Man dürfe die Bestimmungen vor allem auf dem Gebiet der Sanktionen nicht „bis zum Anschlag“ kleinlich anwenden. Man müsse großzügig und klug vorgehen und, wie eine berühmte offizielle Formel hieß, die in Paris großes Aufsehen erregte: „den Völkerbund erhalten, ohne ihn zu bemähen.“ Der „Temps“ drückt dies in seiner gewöhnlichen offiziellen Sprache gefesselt so aus: „Es hieße dem Völkerbund und der großen Sache (1), die er vertritt, einen schlechten Dienst erwiesen, wenn man, indem beartig unzeitgemäß („inopportunist“) die Frage der Sanktionen aufgeworfen wird, eine Krise in Genf hervorriefe, die allen möglichen Kompensationen Tür und Tor öffnen müßte.“

Eine Anwendung der Völkerbundbildung müßte nach französischer Ansicht den italienisch-abessinischen Kolonialkrieg in einen großen europäischen Konflikt verhandeln, dessen Folgen nicht abzulehnen seien, denn — und damit sind wir wieder bei dem ewigen französischen Thema angelangt — „im Hintergrund

läuere Deutschland.“ Frankreich hat auf Deutschland, wie das Rindchen auf die Schlange, und seine Anstaltskomplexe hindern es daran, den deutschen Friedensverpflichtungen und dem auf jeden Imperialismus verzichtenden neuen deutschen Staatsgedanken auch nur das geringste Verständnis entgegenzubringen. Daran erklären sich Auserwählungen, wie die Jules Sauerweins in der Dienstaussage des „Paris 2017“, der folgendes schrieb: „Man stelle sich nur einen Augenblick vor, daß Frankreich und Italien in einen Krieg miteinander geraten könnten vor den interessierten Augen Deutschlands, das sich die auf die Bühne bewaffnet hat und nur auf eine günstige Gelegenheit lauert.“ Noch deutlicher hat diese Gedanken gefestigt der „Matin“ ausgedrückt. Der „Matin“ läßt die Gründe, die gegen Sanktionsmaßnahmen sprechen, in folgende vier Punkte zusammenfassen:

1. Weil der Völkerbund bei allen früheren Fällen in den letzten 15 Jahren nie Sanktionen und Sühnemahnahmen angewandt habe.
2. Weil der Völkerbund nicht einmal läßt angehen sei, in den 15 Jahren seines Bestehens ein bestimmtes Sühnemahnahmen-Gesetzbuch auszuarbeiten.
3. Weil Sühnemahnahmen im gegenwärtigen Falle entweder ein Biss wären, der dem Völkerbundes unwürdig sei, oder im Ernstfall den allgemeinen Krieg herbeiführen würden.
4. Weil Frankreich vor allem keine Sühnemahnahmen gegenüber Abessinien wolle. Inzwischen eines kleinen europäischen Landes, das seinem als historischen Kreis angehöre, würde Frankreich vielleicht angewunden sein können, den Tragen zu stehen. Es werde das aber niemals tun, wenn es sich um einen Danken wilder Stämme handele.

Dies wird also mit einem nicht zu überbietenden Juvénis ausgedrückt, daß der Völkerbund als Teil des Versailles Friedensinstrumentes vom französischen Standpunkt aus nur dazu da ist, Deutschland „in Schranken zu halten“, wie man sich in Paris ausdrückt. Daß die Völkerbundbildung also nur dann gilt, wenn man sie gegen Deutschland anwenden kann. Man läßt in Paris, durch die Not in die Enge getrieben, auch noch die letzte Waage fallen und gibt den Völkerbundgedanken auch in der Öffentlichkeit völlig preis. Denn ein Völkerbund, der nur dann funktioniert, wenn Paris es will und wenn es die französischen Interessen erhebt, ist ein Stück des französischen Bündnisystems, nie und nimmer aber jene Friedensliga, die er angeblich sein soll. In einem solchen Völkerbund hat Deutschland nichts zu suchen, und jeder Tag, der seit dem Weggang Deutschlands aus Genf vergangen ist, hat immer klarer erwiesen, wie notwendig Deutschlands Austritt war.

In London reden außerdem Leute davon, der Völkerbund müßte jetzt seine „entscheidende letzte Probe“ be-